Abo Bundesratsbesuch in den USA

Die Amerikaner und wir: Eine Beziehung wird auf die Probe gestellt

Diese Woche reisen Karin Keller-Sutter und Guy Parmelin nach Washington, um die Wichtigkeit der Schweiz für die USA zu betonen. In der Vergangenheit kam das selten gut heraus.

Christian Zürcher , Philipp Loser
Publiziert: 22.04.2025, 05:33

116

«Unter normalen Vorzeichen würde diese Beziehung eine gewisse Kompatibilität garantieren», sagt der Historiker Sacha Zala: Donald Trump empfängt in seiner ersten Amtszeit den Schweizer Bundespräsidenten Ueli Maurer im Weissen Haus (16. Mai 2019).
Foto: Andrew Harnik (AP, Keystone)

Jetzt abonnieren und von der Vorlesefunktion profitieren.
Abo abschliessen Login
BotTalk

In Kürze:

- Eine Schweizer Delegation sucht in Washington nach Lösungen gegen die amerikanischen Schutzzölle.
- Die beiden Länder verbindet eine lange Geschichte als Schwesterrepubliken mit ähnlichen Werten.
- Politische Spannungen unter Donald Trump stellen die historische Verbundenheit zunehmend auf die Probe.

Karin Keller-Sutter wird sich warm anziehen. Das ist aus ihren früheren USA-Besuchen überliefert. Die auf Eismeerkälte heruntergekühlten amerikanischen Räume mag sie nicht.

Die kalten Räume sind eine der wenigen Gewissheiten für die Schweizer Delegation um Bundespräsidentin Keller-Sutter und Wirtschaftsminister Guy Parmelin bei ihrem Besuch der Tagung von IWF und Weltbank in Washington. Alles andere? Ist unklar.

Dabei wäre die Mission offensichtlich: Den Amerikanern beibringen, dass ein Schutzzoll von 31 Prozent völliger Unsinn ist, natürlich übermittelt in den entsprechenden diplomatischen Worten. Es macht die Sache sicher nicht einfacher, dass 75 andere Nationen das gleiche Ziel haben. Alle wollen mit den Amerikanern über das gleiche Thema sprechen.

Zwischen Selbstüberhöhung und Selbstzweifel

Der Besuch findet in einem speziellen Umfeld statt. Und damit ist nicht nur die aktuelle politische Situation in den USA gemeint. In der Schweiz selber schwanken Beobachter und Akteure zwischen Selbstüberhöhung und existenziellem Zweifel. Als Karin Keller-Sutter vor einer Woche knappe 30 Minuten mit Präsident Donald Trump telefonierte (und er wenige Stunden später das Ende der globalen Irrsinns-Zölle verkündete), da überschlugen sich die Zeitungsmacher und rechten Meinungsjournalisten: Danke, KKS! Danke, Schweiz! Nur dank diesem Telefonat, so die unironisch gemeinte Lesart, habe Trump die Zölle zurückgenommen.

Das war die Selbstüberhöhung.

Die existenziellen Selbstzweifel waren einige Tage später zu beobachten, als der Bundesrat die längst geplante Regulierung für amerikanische Techkonzerne wie Google oder Facebook bis auf weiteres verschob. Ein wenig kaschierter Versuch, Trump zu besänftigen.

Ja, was gilt denn nun? Haben wir eine besondere Beziehung zu den Amerikanern? Sind wir tatsächlich eine Sister Republic, als die wir uns gerne sehen?

Kein gewöhnlicher Handelspartner

Für Rahul Sahgal ist klar: Es ist ein besonderes Verhältnis. «Wir sind nicht einfach ein gewöhnlicher Handelspartner, der Plastikgüter exportiert», sagt der CEO der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer.

Er hat in den vergangenen Tagen viel mit Amerikanern gesprochen, er ist ins Land gereist, in der Tasche stets eine Standardpräsentation. Darin stehen Zahlen wie Exporte und Importe, Investitionen und Wachstumsraten. «Die sind alle überproportional gewachsen in den vergangenen 20 Jahren.» Kein anderes Land investiere in den USA mehr als die Schweiz im Bereich Forschung und Entwicklung. Sahgal spricht von 100 Milliarden Franken, die Schweizer Firmen künftig in den USA investieren wollten. Alles gute Argumente, will er sagen, könne man ruhig betonen.

Die Schweiz müsse in diesen Tagen aktiv sein und vor allem mit den richtigen Leuten sprechen, sagt Sahgal. «Die Amerikaner stehen nicht am Morgen auf und denken an die Schweiz. Das braucht einen Effort.»

Kritiker nennen diesen Effort eine Anbiederung. Sahgal kann mit dem Vorwurf wenig anfangen. Er und die Schweiz würden ihren Job nicht machen, wenn man sich nicht gegen die Schwächung der eigenen Wirtschaft wehren würde. «Es ist ja nicht so, dass wir unsere Prinzipien über Bord werfen.»

Sahgal hat als Diplomat mehrere Jahre in den USA gelebt. «Ein tolles Land.» Ein Land auch, das viele Parallelen zur Schweiz habe, sagt er. Zum Beispiel beim Staatsverständnis, bei der gelebten Selbstverantwortung. «Da sind wir näher bei den Amerikanern als bei manch anderen europäischen Staaten», sagt er.

Solche Aussagen hat man in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder gehört. Doch stimmt das? Und vor allem: Bringt das auch etwas?

Das grösste Tier im Dschungel

Die Realität sah dann meist anders aus, viel weniger romantisch, viel weniger geschwisterhaft. Man sah das während des Zweiten Weltkriegs, bei den nachrichtenlosen Vermögen, beim Bankgeheimnis, nun bei den Zöllen. Die USA machten Druck – und die Schweiz justierte, man kann auch sagen: brach ein.

«Natürlich nützt der Grössere seine Macht aus», sagt Sahgal, das mache übrigens die EU auch. «Am Ende geht es immer auch um Realpolitik.» Er spricht von den USA als «grösstes Tier im Dschungel», nach dessen Regeln werde gespielt. Schweizer Firmen möchten im grossen US-Markt mitspielen und mitverdienen, dafür brauche es nun mal Konzessionen.

Das gelte es einerseits zu akzeptieren, andererseits müsse man sich trotzdem auf die eigenen Stärken besinnen. «Wir haben einiges zu bieten.» Der richtige Ton sei darum entscheidend bei den Verhandlungen von dieser Woche. Nicht zu stark den Bückling machen, standhaft sein, selbstbewusst agieren. Klingt machbar.

Die spezielle Beziehung – sie ist eine längst eingeschliffene Erzählung, eine Konstante. Die «Macht der grossen Schwester»: ↗ So hat der Historiker Sacha Zala seinen interessanten Überblick über diese Beziehung betitelt. Der Beitrag über die «Sister Republics» erschien in «NZZ Geschichte» und zeigt auf, wie sich die beiden Länder zumindest zu Beginn ihrer institutionellen Geschichte fast parallel entwickelten. «Wir haben einen politisch starken Verwandtschaftsgrad», sagt Zala, der Direktor der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz.

In der Welt des 18. Jahrhunderts und des beginnenden 19. Jahrhunderts waren Republiken rar und Königreiche die Norm. Als sich die USA von Grossbritannien lossagten und sich 1776 eine neue Verfassung gaben («We the people!»), da waren die Verfassungsväter um Thomas Jefferson und George Washington nicht nur von französischen und britischen Philosophen inspiriert – sondern auch von Schweizern Denkern wie dem Genfer Jean-Jacques Burlamaqui oder dem Neuenburger Emer de Vattel.

Als sich die Schweiz dann später selber zu einem Bundesstaat konstituierte, wurde die naturrechtliche Philosophie, die vorher aus der Romandie in die USA geflossen war, quasi zurückimportiert (ohne Zölle), wie Zala schreibt. «Die liberale Bundesverfassung von 1848 übernahm zentrale US-amerikanische Konzepte, von den Menschenrechten bis zum Zweikammersystem des Parlaments.»

Liebe zur Waffe, Liebe zur Miliz

Seither, so sagt es Zala, würden Politiker und Diplomaten nicht müde, auf das schwesterliche Verhältnis der beiden Republiken hinzuweisen. Dieses Verhältnis beschränke sich nicht auf die demokratischen Institutionen, es zeige sich beispielsweise auch bei der Freude an der persönlichen Waffe und am Milizsystem – als liberales Konzept der Befreiung von einem autoritären Herrscher.

Durch die Geschichte blieb das Verhältnis eng. Die Schweiz übte Schutzmachtmandate für die USA in Kuba aus (ab den 1960er-Jahren) und im Iran (seit Ende der 1980er-Jahre). Gute Dienste, die nicht vergessen gegangen sind, die eine Bedeutung haben. Und, so sagt es Zala, «unter normalen Vorzeichen würde diese Beziehung eine gewisse Kompatibilität garantieren».

Aber eben: unter normalen Vorzeichen. In der langen gemeinsamen Geschichte ist so etwas wie ein Präsident Donald Trump nicht eingepreist.

Guy Parmelin und Karin Keller-Sutter wollen in Washington einen möglichst guten Deal für die Schweiz verhandeln.
Foto: Fabrice Coffrini (AFP)

Auch darum stört sich die Politologin Rahel Freiburghaus an der aktuellen Selbstüberschätzung einiger Schweizer. Sie hält sie für «krass». Freiburghaus war kürzlich als «guest researcher» in Harvard, der grössten und bedeutendsten Universität der USA, und nimmt den Druck der Trump-Regierung auf die Hochschulen von nahem wahr.

Etwas mehr Haltung, etwas weniger Kompromiss

Natürlich bestehe eine grosse institutionelle Nähe zwischen der Schweiz und den USA. «Historisch haben wir fast alles abgeschrieben.» Aber für die aktuelle Situation bedeute das erst mal gar nichts. Für Freiburghaus hat Demokratie mehrere Dimensionen – nicht nur die handelspolitisch-historische. Sondern auch jene, die ihre Kolleginnen und Kollegen in Harvard und anderen amerikanischen Hochschulen erleben. Sie hat es als Gastforscherin erfahren: «Für Trump und seinen Vizepräsidenten Vance sind die Hochschulen ‹der Feind›, das haben sie schon immer offen gesagt.»

Während Karin Keller-Sutter und Guy Parmelin in Washington einen möglichst guten Deal für die Schweiz verhandeln, überlegen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Harvard und anderswo, ob sie sich besser ins Ausland absetzen sollten.

Das ist das, was Freiburghaus an der aktuellen Situation stört. Bei all der Nähe und gemeinsamen politischen Vergangenheit der «Sister Republics» dürfe man durchaus ein etwas grösseres Sensorium erwarten, wenn eine der beiden Republiken in Schieflage geraten sei. Etwas mehr Haltung. Etwas weniger Kompromiss.